

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 9-10

Rubrik: Politische Revue

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zahl von Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit und im Privatleben, am Arbeitsplatz und zu Hause durch sexuelle Gewalt in ihrer Würde und in ihrem Recht auf Selbstbestimmung verletzt. Wir fordern europäische Leitlinien

– zur Bestrafung der Vergewaltigung in der Öffentlichkeit und in der Ehe
– gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

– für den Schutz der Kinder – insbesondere der Mädchen – vor sexuellem Missbrauch.

9. Solidarität mit Gastarbeiterinnen

In allen Staaten Europas arbeiten Frauen ausländischer Herkunft. Ein Europa ohne Grenzen muss auch für Frauen ausserhalb Europas die Türen öffnen und zwar nicht nur als Arbeitskraft, sondern als Menschen. Die politische, soziale und kulturelle Integration ist wichtig. Ausländische Frauen müssen ihre kulturelle Identität behalten können. Ihr Aufenthaltsrecht in Europa darf in keinem Gesetz an das eines Mannes gebunden sein. Alle Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sollen dort ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben können, wo sie leben.

10. Solidarität mit den Frauen der 3. Welt

Die Situation der Frauen in der 3. Welt hat sich durch die stets steigende Verschuldung dieser Länder dramatisch verschlechtert. Die Entwicklungspolitik Europas muss sich an der Situation der Frauen orientieren. Entwicklungsprojekte müssen danach beurteilt werden, wie weit sie die soziale Lage der Frauen verbessern oder wenigstens nicht verschlechtern.

Milliarden und Millionen

Die Erstellung der Fichen kostete inflationsbereinigt 1 Milliarde Franken. Die Herausgabe der Fichen heute wäre finanziell und administrativ kein Problem, wenn nicht ein riesiger Zensurapparat mit dem Einschwärzen der Fichen beschäftigt wäre. Dieser Zensurapparat kostet uns noch einmal 50 Millionen Franken. Zu hoffen bleibt, dass die Zürcher mit ihrer Praxis nicht nur die Zensur unterlaufen, sondern auch helfen, unnötige Kosten zu sparen. (pb)

Eintausendsiebenhundertneunundfünfzig Millionen

Dummdreist in unerkannter Intensität verbreitete unlängst ein Grossbankdirektor vor laufenden TV-Kameras, solange die Leute noch Geld für Ferien hätten, werde es wohl noch ein bisschen mehr Hypozinslasten übertragen. Statt Goodwill für seine neue Hypozinsrunde erntete der Fast-Einkommens-Millionär ein Vollbad im Fettnäpfchen. Eilig lieferten die Banken noch ein paar Zahlen nach, die beweisen sollten, dass ihre Zinsmarge nun einfach nicht mehr reiche, und das Hypothekengeschäft schlimme Defizite einfahre. Pfeifen die Banken aus dem letzten Loch? Fast musste man es annehmen. Ihre Bilanzen sprechen jedoch eine extrem andere Spra-

che: Die drei Grossbanken weisen für 1989 bereinigte Gewinne zwischen 700 und 900 Millionen Franken aus. Rechnen wir die offenen Abschreibungen und Rückstellungen hinzu zum sogenannten Cash-flow, ergeben sich, ohne die berüchtigt grossen stillen Reserven, Jahreserfolgszahlen von 1,4 bis 1,75 Milliarden Franken. Konkret: Die Bankgesellschaft ergatterte 1989 einen Gewinn von sage und schreibe eintausendsiebenhundertneunundfünfzig Millionen Franken. Aber der Hypozins muss rauf, und Herr und Frau Schweizer sollen doch gefälligst mal auf die Ferien verzichten! (rz)

Ankündigungsminister am Vorort-Gängelband?

Unter dem Titel "Zurückgekrebst" kommentierte das CVP-nahe "Vaterland" den mutlosen Getränkeverpackungsentscheid von Bundesrat Flavio Cotti. Erinnert an die schönen Versprechen Cottis aus früherer Zeit, wagte der Kommentator sogar den Vergleich mit dem bundesdeutschen Umweltminister, der sich nach ähnlichen Eskapaden den Spitznamen "Ankündigungsminister" hat gefallen lassen müssen. Flavio Cotti ist drauf und dran, zurecht solche Titel zu bekommen. Auch in Sachen Luftreinhaltung haben wir das Versprechen im Ohr, spätestens Mitte 1990 werde der Bundesrat konkrete Anträge auf

dem Tisch haben. Bisher gehört hat man nur von Verzichtsergüssen in Sachen Ökobonus. Die SP-Schweiz hat deshalb dem Bundesrat geschrieben. Das Lavieren und Bücken vor gewissen Wirtschaftskreisen muss ein Ende haben. Diesbezüglich ist Flavio Cotti wenigstens transparent: An der Pressekonferenz, an der er statt dem Alu-Büchsen-Verbot sein bürokratisches Alu-Recycling-Konzept vorstellte, präsentierten gleich auch die dafür Verantwortlichen Lobbyisten, Vorort-Direktor Kurt Moser und ein Getränkefabrikant, den am Gängelband des Vororts entstandenen Bundesratsentscheid. Hoffentlich kein schlechtes Omen für die künftige Politik aus dem Departement Cotti.

(rz)

Doch keine Mig 29

Fliegerdivisionär Fernand Carrel ist nicht für die Beschaffung des Mig 29. Voreilig gezogene Schlüsse aus seinem Spazierflug mit der sowjetischen Maschine seien fehl am Platz, gab er der Presse zu Protokoll. Das sei nur eine Geste der Höflichkeit den netten Sowjet-Militärs gegenüber gewesen. Immerhin: Die Geschmäcker ändern sich schnell. Gleichzeitig hat die oberste Leitung der Schweizer Fliegertruppen einmal mehr ihrem politischen Chef Bundesrat Kaspar Villiger den Tarif durchgegeben: Apropos Mirage 2000 wisse man noch immer nichts Näheres. Dieser Vogel fliege nur auf dem Papier. Und im übrigen wollten die Fliegergeneräle den F/A-18. Das Tauziehen im EMD dürfte jedenfalls noch spannend werden. Es könnte ja ausnahmsweise einmal vorkommen, dass sich der Bundesrat in einer Rüstungsfrage durchsetzt. Angesichts der grundsätzlich unnötigen Militär-High-Tech-Vorlage leider diesmal nur eine Frage von untergeordnetem Interesse.

(rz)

Zeitnot und Lärm

Die Schweizer Arbeitsplätze sind lärmig, stressig und stehlen den Arbeitenden buchstäblich ihre Freizeit. Das hat eine Biga-Umfrage ergeben, welche vor kurzem publik gemacht worden ist. Für Familie und Freunde bleibe nach getaner Arbeit kaum noch Zeit, weil die Arbeitszeit lang ist oder ungünstig liegt. Lärm und wenig Anerkennung stressen die Werktätigen zusätzlich. Solche Studien sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer alarmieren. Achselzucken führt jedenfalls längerfristig in die Sackgasse.

(rz)

Aufregung um Yvette Jaggi Comptoir-Kritik

Wie die SP auf kantonaler und eidgenössischer Ebene hat auch Yvette Jaggi, obwohl Stadtpräsidentin von Lausanne, aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und unverhohlenen Kritik an der Leitung des Comptoir Suisse durchblicken lassen, weil in diesem Jahr die Türkei als Ehrengast geladen war. Überhaupt kein Verständnis für die aufrechte Haltung der SP-Stadtpräsidentin bekunden die Sekretäre der Lausanner Freisinnigen und Liberalen. In der Leserbriefspalte der Zeitung "24 heures" regen sie sich wortreich über den Stil Yvette Jaggis auf und holen gleichsam zu einer Abrechnung mit ihrer ganzen Politik aus. Die Verurteilung von Regierungen, die über Jahre wiederholt und grausam die Menschenrechte in ihrem Land mit Füßen treten, ist offenbar bei liberalen Parteien aus der Mode gekommen. Die gleichen Kreise wundern sich dann, dass die Schweiz aus diesen "befreundeten" Staaten stets mehr Asylbewerber beherbergen muss. Einmal mehr zeigt es sich, dass die SP Schweiz die letzte grosse Partei ist, die echte liberale

Werte, humanitäre Grundsätze und den Respekt vor den Menschenrechten hochhält, und durch die Profitinteressen der Wirtschaft nicht daran gehindert werden kann.

(rz)

Der neue Fernsehzwang

Ebenso dünn gesät waren die Liberalen bei der ständerätlichen Debatte zum Radio- und Fernsehgesetz: Nicht nur dass die hohen Damen und Herren beschlossen haben, uns Fernsehkonsumentinnen und -konsumenten künftig auch Unterbrecherwerbung zuzumuten; sie wollen zudem sogar jene, die auf die Segnungen des Pantoffelkinos glauben verzichten zu können, nötigenfalls zum Kabelanschluss zwingen. Gegen den Widerstand von SP-Seite ist tatsächlich ein Fernseh-Kabelanschlusszwang beschlossen worden. Was bisher beispielsweise zum Ortsbildschutz ein Verbot von Dachantennen gewesen ist, wendet sich künftig zum Gebot, in den eigenen vier Wänden einen TV-Kabelanschluss zu dulden und zu berrappen, auch wenn Herr und Frau Schweizer gar keinen Fernsehapparat besitzen sollten oder besitzen wollen. Soweit sind wir also bereits mit der Kommunikationsgesellschaft: Der Ständerat stuft die Versorgung mit mehr oder weniger seichten oder qualifizierten Unterhaltungs- oder Informationsendungen als ebenso wichtig ein wie den Wasser- oder Stromanschluss. Glücklicherweise hat der Nationalrat noch Gelegenheit, den Unsinn zu stoppen.

(rz)